

Städtischer Haushalt mit großer Mehrheit genehmigt

Rekordsummen für Investitionen

VON ANDRÉ FISCHER

Mit großer Mehrheit genehmigten gestern die Stadträte den rund zwei Milliarden schweren städtischen Haushalt. Dagegen waren Grüne, Linke, Linke Liste, die BIA, die Guten und ein Stadtrat von der ÖDP. Neue Schulden müssen in Höhe von 39,8 Millionen Euro gemacht werden. Kämmerer Harald Riedel will in den nächsten vier Jahren 1,43 Milliarden Euro in Schulen, Kindertagesstätten, Sanierung von Brücken und den Neubau einer Sporthalle im Tillypark, der allein auf 25 Millionen Euro geschätzt wird, stecken.

Dabei hatte die Stadt noch Glück: Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer, lagen im August noch bei 440 Millionen Euro. Derzeit sind es 480 Millionen Euro, das entspricht fast dem Planansatz. Dass die Stadt in den vergangenen Jahren trotz guter Konjunktur kaum Schulden abgebaut hat und auch in den nächsten Jahren mit einer leichten Neuverschuldung rechnet, liegt laut Riedel an den hohen Investitionen, um die Infrastruktur wie Schulen auf ein modernes Niveau zu heben: 2020 ist geplant, 366 Millionen in Neubauten und Sanierungen zu stecken. Bis 2030 sollen insgesamt vier Milliarden Euro investiert werden.

Neu in den Haushalt schafften es zuletzt noch die Kleingartenanlage Ideal (2,7 Millionen Euro), die Kindertagesstätte Grünwaldstraße (11,5 Millionen Euro), die Generalsanierung des Jamnitzerplatzes (2,3 Millionen Euro) und das neue Feuerwehrgerechthehaus in Katzwang (6,2 Millionen Euro). Enthalten sind auch die ersten größeren Finanzierungstranchen für den kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs.

Riedel führt die Grünen vor

Die Debatte stand ganz im Zeichen der Verkehrswende. Alle wollen den ÖPNV mehr fördern und mehr Fahrradwege bauen. Doch beim Geld unterscheiden sie sich. Achim Mletzko warf SPD und CSU vor, zu zaghaft die Verkehrswende in Nürnberg anzugehen: „Man kann nicht nur bei Fridays for Future mitlaufen. Man muss auch handeln.“ Die Mittel für den Radwegeausbau wollten die Grünen deshalb von derzeit etwas über elf Millionen auf 36 Millionen Euro für die nächsten vier Jahr erhöhen.



Foto: Roland Feigler

Bei den Beratungen zum Haushalt waren auch viele Bürger anwesend und hörten von der Empore aus zu. Unten diskutierten die Mitglieder des Stadtrats.

SPD und CSU plädierten dagegen dafür, das Radfahrbudget 2021 von 3,5 Millionen Euro auf fünf Millionen, 2022 auf sieben Millionen und erst ab 2023 auf zehn Millionen Euro aufzustocken, weil es derzeit nicht genügend Pläne gibt, das Geld auszugeben. Auch die ÖDP forderte einen stärkeren Anstieg des Fahrradets.

Die Grünen wollten aber auch noch andere Projekte mit viel Geld unterlegen: Förderung der Fußgängerinfrastruktur, Abwrackprämie für Zweitakter, mehr Geld für die energetische Sanierung der städtischen Liegenschaften, Förderprogramm Heizungsaustausch, höhere Zuschüsse für den ÖPNV, damit die Ticketpreise stabil bleiben. Als Gegenfinanzierung forderten sie, dass der kreuzungsfreie Ausbau des Frankenschnellwegs aufgegeben wird.

Kämmerer Riedel rechnete dann vor, dass der städtische Ergebnishaushalt bis 2023 um 56 Millionen Euro durch die Grünen-Forderungen mehr belastet wird, auch wenn der Frankenschnellweg nicht ausgebaut wird. „Der Haushalt ist dann nicht mehr genehmigungsfähig“, so Riedel. Die SPD-Fraktionsvorsitzende Anja Pröls-Kammerer warf den Grünen vor, sich mit Millionenforderungen profilieren zu wollen.

Auch die ÖDP, die Linke und Linke Liste wollten den Frankenschnellweg kippen. Die frei werdenden Gelder

sollten für die flächendeckende Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets verwendet werden. Der CSU-Fraktionsvorsitzende Marcus König warf den Grünen vor, sich mit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Haushalt vor der „politischen Verantwortung zu drücken“.

In ihrer Rede verwies Pröls-Kammerer auf die lange Liste an Projekten, die mehr Grün in die Stadt gebracht haben und bringen. Ausdrücklich hoben sie und König die Leistungen des Umweltreferenten Peter Pluschke hervor, der Mitglied der Grünen ist.

Demonstrativ lobten König und Pröls-Kammerer ihre Zusammenarbeit in der Rathauskooperation. Beide waren sich einig, dass die Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets von den Zuschüssen von Bund und Land abhängen. Beide Parteien waren sich auch einig, zwei neue Stellen für die Baumschutzkontrolle und

drei für die -bewässerung zu genehmigen. FDP-Stadtrat Alexander Liebel warf ein, dass man angesichts der Risiken bei den Steuereinnahmen nicht alles finanzieren könne, was man möchte. Jürgen Dörfler von den Freien Wählern stimmte dem Haushalt zu, vermisste aber ein ökonomisches Leuchtturmprojekt. Titus Schüller von den Linken kündigte an, dass seine Partei Bürgerbegehren zum Radfahren unterstützen wird, um Druck aufzubauen.

CSU und SPD setzten auch kleinere Schwerpunkte. Die CSU will Lastenräder stärker fördern und eine Stelle schaffen, die dabei hilft, Dachböden auszubauen und Fassaden zu begrünen. Städtische Dienstleistungen sollen auch in Sparkassen angeboten werden. Die SPD möchte das Ehrenamt stärken. Jan Gehrke (ÖDP) konnte sich mit seinem Wunsch, die Stelle eines Radfahrbeauftragten beim OB anzusiedeln, nicht durchsetzen.

Wieder jede Menge Änderungsanträge

„Raum für Sonderwünsche gib

Zu den Haushaltsberatungen gehört immer auch ein dicker Block von Änderungsanträgen. Große Diskussionen darüber blieben aus, vieles ist im Vorfeld

Gibitzenhof nach Kornburg die Sympathien auf seiner Seite. „Das Vorhaben würde viele unserer Probleme beseitigen“, sagt Oberbürgermeister Ulrich Maly. „Aber heute ist das noch